

Neckarpost

Stadtteilzeitung des SPD-Ortsvereins Bad Cannstatt · Ausgabe Dezember 2008

<http://bad-cannstatt.bawue.spd.de/>

Macht unser Klima nicht kaputt!

Ein Kommentar von Stadträtin Marita Gröger

■ Eine stadteigene detaillierte Erkenntnislage zur Bedeutung des Kaltluftgebietes Rommelshäuser Straße und inzwischen gut 5.000 Unterschriften für den Erhalt der klimawirksamen Grünfläche waren der bauwilligen Stadtratsmehrheit aus CDU/Freien Wählern und FDP nicht überzeugend genug. Ein externes Gutachten musste her.

Der beauftragte Essener Gutachter kam dann zwar zu gleichen Feststellungen wie unsere städtischen Fachleute, bescheinigte dem Gebiet „eine hohe Empfindlichkeit gegenüber nutzungsändernden Eingriffen“, nannte es „klimasensibles Gebiet“, um dann in seinem Fazit doch das Bauen für möglich zu halten.

Der Trick: wenn die einzelnen Bauabschnitte nur klein genug gewählt werden, sind sie schlecht messbar, die berühmte Salami-Taktik also. Dass auch lt. diesem Gutachten kaum noch nächtliche Kaltluft in den Wohngebieten Seelberg und Kursaal ankommt war ebenfalls kein Grund für die politische Mehrheit, das Bauen zu verweigern. Auch in diesen Gebieten soll es wohl schnell so stickig werden, wie in den noch tiefer liegenden Wohngebieten im Zentrum Cannstatts.

Doch ehe die Bagger auffahren, ist noch eine Änderung des Bebauungsplans notwendig. Angesichts des Widerstandes in der Bevölkerung und unserer ungebrochenen Bereitschaft, hier den Ge-

meinnutz vor den Gewinn für wenige zu setzen, ist daher schon heute ein klimapolitisch heißes Frühjahr 2009 vorhersehbar.



Stadträtin Marita Gröger

Viel zu wenig Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren in Cannstatt!

■ Wie stellt sich die Lage für Sie als Eltern in Bad Cannstatt dar, wenn es um einen Betreuungsplatz für Ihr Kind geht?

Die SPD hat im Bezirksbeirat nachgefragt und Herr Niewöhner vom Jugendamt hat die neuen Zahlen vorgestellt.



Vor allem für die Kleinsten fehlt es in Cannstatt an Betreuungsplätzen

Das Erfreuliche zuerst: für die Kinder im Kindergartenalter (3–6 Jahre) gibt es sogar ein leichtes Überangebot. Auf 1982 Kinder kommen hier 1996 Plätze. Allerdings: nur 747 davon sind Ganztagesplätze. Für die hohe Anzahl berufstätiger Eltern und Alleinerziehender in Cannstatt viel zu wenig!

Dramatisch hingegen stellt sich die Lage bei den Kindern unter 3 Jahren dar. Für 2025 Kinder in dieser Altersklasse gibt es nur 296 Plätze, über 300 Kinder stehen auf der Warteliste. Das bedeutet einen „Versorgungsgrad“ von lediglich 19,55 % - im Vergleich zu anderen Stadtteilen einer der letzten Plätze. Dabei ist der Bedarf gerade an diesen Betreuungsplätzen überdurchschnittlich hoch. Besonders das Anna-Haag-Haus und die Kindereinrichtungen in der Brückenstraße und im Kneippweg mussten sehr viele Kinder abweisen.

Die SPD hat schon einige Verbesserungen erreicht. Aber nach wie vor ist viel zu tun. Wir werden uns auch in Zukunft für

mehr und bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in Bad Cannstatt einsetzen – damit Stuttgart eines Tages vielleicht wirklich „die kinderfreundlichste Stadt der Republik“ wird.

Ihr Kontakt vor Ort

Ortsverein Bad Cannstatt:

■ **Jörn Kramer-Matthiis** · Vorsitzender
Telefon: 0151-1850 38 36

E-Mail: politik@matthiss.info

■ **Frank Gloel** · Stv. Vorsitzender

Telefon: 07 11-56 31 57

E-Mail: frank.gloel@t-online.de

Bezirksbeirat:

■ **Ingo Maile** · Fraktionssprecher

Telefon: 07 11-528 20 43 · E-Mail:

lmaile@web.de

Gemeinderat:

■ **Marita Gröger**

Winterhaldenstr. 8 · 70374 Stuttgart

E-Mail: marita.groeger@stuttgart.de

70 Jahre Reichspogromnacht

SPD Bad Cannstatt erinnert an den Brand der Synagoge

In der Nacht vom 8. auf den 9. November 1938 brannte in Bad Cannstatt die Synagoge in der König-Karl-Straße. Von ihr blieb nur verbranntes Holz und ein Steinfundament übrig.

Ähnliches geschah in ganz Deutschland – die „Reichspogromnacht“ gab ein weiteres Signal für die Vertreibung und Vernichtung der deutschen Juden. Mit zahlreichen Gedenkveranstaltungen wurde am 9. November 2008 dieses Ereignisses gedacht. Der Cannstatter SPD-Ortsverein legte einen Kranz am Gedenkstein für die ehemalige Synagoge nieder. Inge Utzt erinnerte in einer kurzen Ansprache an die Geschehnisse dieser

Nacht und berichtete von stummen und hilflosen Augenzeugen. Nie sollte in Vergessenheit geraten, so die frühere Landtagsabgeordnete, dass es Cannstatter Bürger waren, die anderen Cannstatter Bürgern dieses Leid zufügten. Nie wieder, schloss Inge Utzt ihre bewegenden Ausführungen, dürfte so etwas bei uns geschehen.

Der Platz, auf dem die Synagoge stand, wird zur Zeit als Parkplatz benutzt. Schülerinnen und Schüler des Albertus-Magnus-Gymnasiums helfen mit künstlerischen Mitteln, das Erinnern lebendig zu halten und zum Nachdenken anzuregen. Über das Leben der Juden in Cannstatt informiert eine Ausstellung im

neugestalteten Cannstatter Stadtmuseum, die noch bis zum 11. Januar 2009 zu sehen ist.



Inge Utzt (Mitte) erinnert an den Synagogenbrand vor 70 Jahren

Gast-Kommentar



Ohne gute und sichere Arbeitsplätze ist keine Stadt lebenswert!

In der Rangliste der Städte mit hoher Lebensqualität steht Stuttgart mit an vorderer Stelle. Eine der Ursachen dafür ist die Qualität und die Sicherheit der Arbeitsplätze in der Region Stuttgart. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die reale Wirtschaft gefährden diese Sicherheit massiv. Dafür zu sorgen, dass die aktuelle Entwicklung nicht ausschließlich zu Lasten der Belegschaft geht, wird Aufgabe der Betriebsräte und Gewerkschaften sein. Im Vordergrund steht dabei sicher der Erhalt der Arbeitsplätze auch in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit. Denn nur wer Arbeit hat, hat auch eine gesicherte Existenz.

Helmut Lense
Betriebsratsvorsitzender
Daimler · Untertürkheim

Die Seelbergstraße Fußgängerzone?

Sind Sie in den letzten Monaten einmal zu Fuß oder mit dem Fahrrad durch die Seelbergstraße gekommen? Vielleicht haben Sie auch gespürt, was zahlreiche Mitbürgerinnen und Mitbürger ebenfalls stört: in der Seelbergstraße hat der Verkehr, und hier vor allem der Fußgängerverkehr, ungeheuer zugenommen. So sehr zugenommen, dass komfortables Gehen oder gar entspanntes Schlendern kaum noch möglich ist.

Die Gründe liegen auf der Hand: Das Cannstatter Carrée, am 23. Februar 2006 eröffnet, hat riesigen Zulauf und zieht viele Menschen an. Und: längst nicht so viele wie manche befürchtet haben kommen mit dem Auto, sondern laufen durch die Seelbergstraße, nicht selten von der Marktstraße her.

Wie reagieren wir auf die neue Lage? Manche sagen: alles soll so bleiben wie es ist. Doch das ist gewiss die schlechteste Lösung. Andere schlagen vor, einen Gehweg zu verbreitern und dafür die Fahrbahn schmaler zu machen. Die Seelbergstraße müsste dann Einbahnstraße werden und die Frösnerstraße gleich mit. Dieser Vorschlag hat den Nachteil, dass das wilde Abstellen von Fahrzeugen im Parkverbot für „kurze“ Besorgungen dadurch nicht aufhören würde – das größte Ärgernis bliebe also erhalten.

Die Stadtverwaltung und mit ihr viele andere schlagen vor, die Seelbergstraße, und die Frösnerstraße eventuell gleich mit, zur Fußgängerzone zu machen. Wir bekämen dadurch eine autofreie Achse zwischen dem Klösterle am oberen Ende der Marktstraße bis zum Cannstatter Carrée. Eine deutliche Aufwertung der Seelbergstraße wäre die Folge. Und nur so macht der Plan Sinn, ein einheitliches Konzept für Bodenbelag, Beleuchtung und „Möblierung“ der Marktstraße und der Seelbergstraße zu erarbeiten. Übrigens: Wie in der Marktstraße wäre natürlich auch in der Seelbergstraße die Fußgängerzone für Lieferfahrzeuge, für die Zufahrt zu privaten Stellplätzen sowie für die Anfahrt gehbehinderter Menschen zu ihrem behandelnden Arzt frei.

Die Cannstatter SPD neigt zu dieser Variante. Wie stehen Sie dazu? Schreiben Sie uns!



Die Seelbergstr. – für Fußgänger nicht mehr zumutbar

Ute Vogt: „Ich will für Stuttgart durchstarten“

SPD-Landesvorsitzende kandidiert für Bundestagswahl 2009



Ute Vogt

Ute Vogt, SPD-Chefin in Baden-Württemberg, kandidiert in Stuttgart für die Bundestagswahl 2009. Die Landesvorsitzende wurde von der Stuttgarter SPD Anfang Dezember für den Wahlkreis Stuttgart I aufgestellt, nachdem die bereits nominierte Kandidatin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin der Hilfsorganisation „Brot für die Welt“, aus beruflichen Gründen ihren Rückzug angekündigt hatte. „Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Stuttgarter SPD“, so Vogt.

„Gemeinsam mit Ute Kumpf will ich eine starke SPD in der Landeshauptstadt – und eine verlässliche und bürger-nahe Politik in Stuttgart und Berlin.“

Die ehemalige Staatssekretärin im Bundesinnenministerium erklärte, es sei an der Zeit, wieder „durchzustarten“. Sie wolle sich mit voller Kraft für einen Erfolg der Sozialdemokratie in 2009 einsetzen und auch das Direktmandat im Stuttgarter Süden für die SPD zurückerobern. „Mit Frank-Walter Steinmeier kann die Sozialdemokratie erneut ins Kanzleramt einziehen“, so Vogt. „Ich will an zentraler Stelle für die SPD in Bund, Land und der Landeshauptstadt kämpfen.“

Vogt betonte, im Rahmen ihrer Arbeit als Landesvorsitzende in den letzten zehn Jahren kenne sie die Interessen der Landeshauptstadt sehr gut. „Stuttgart ist eine wunderbar vielseitige Stadt. Nicht nur wegen der vielzitierten Tüftler und Denker oder der oft beschriebenen Lage zwischen Wald und Reben. Besonders beeindruckend ist vielmehr die Verbindung zwischen Tradition und Internationalität und der große Reichtum in Kultur und Sport“, so die Landtagsabgeordnete. „Und vor allem ist Stuttgart das Herz einer der wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Diese Stärke ist in erster Linie den hunderttausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdanken. Sie schaffen die Produkte und Dienstleistungen, die oft weltweit führend sind. Hier liegt die Grundlage

unseres Fortschritts und nach wie vor hohen Wohlstandsniveaus – und deswegen muss die Politik in dieser Stadt darauf ausgerichtet sein, dass dieses Fundament so stark bleibt und weiter gestärkt wird.“

Ob verlässliche Arbeitsplätze, gute Bildung und Betreuung, bezahlbarer Wohnraum, soziale Sicherung oder die Minderung der Mobilitätsprobleme – „mir geht es darum, Stuttgart als lebendiges Zentrum zu erhalten und weiterzuentwickeln“, so Vogt, die im kommenden Frühjahr von Pforzheim nach Stuttgart umzieht und mit den Bürgerinnen und Bürgern in ihrem neuen Wahlkreis oft und direkt ins Gespräch kommen möchte: „Ich will für Stuttgart durchstarten.“

Ute Vogts Kandidatur sei „ein großer Glücksfall für Stuttgart“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Andreas Reißig. „Mit unserer Landesvorsitzenden im Süden und unserer Ute Kumpf im nördlichen Bundestagswahlkreis haben wir nun zwei Powerfrauen, die sich mit Durchsetzungsfähigkeit und Sensibilität erfolgreich für die Menschen in der Landeshauptstadt stark machen“, so Reißig. „Das ist gut für Stuttgart und gut für Baden-Württemberg.“

Erfolgreicher Einsatz gegen Kinderarmut

In den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres haben wir als SPD-Fraktion Maßnahmen zur Linderung der Kinderarmut zum zentralen Thema gemacht.

Immerhin ist auch in Stuttgart jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Daher haben wir als Fraktion damals entschieden, ggf. der Finanzierung des Tunnels unter der Kulturmeile nicht zuzustimmen, wenn für die von uns beantragten Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut keine Zustimmung erfolgt. Heute, ein Jahr später, können sich die erzielten Ergebnisse sehen lassen: Bereits umgesetzt wurde das 1-Euro-Mittagessen in Betreuungseinrichtungen und Schulen mit Cafeterien. Auch ein Ausbau

von weiteren Schul-Cafeterien wird angestrebt. Familien von Schulanfängern werden rückwirkend für das laufende Schuljahr unbürokratisch finanzielle Unterstützung für notwendige Anschaffungen erhalten.

Ebenso bekommen die Betreuungseinrichtungen und Schulen pro bonuscardberechtigtem Kind eine geldliche Unterstützung, um so eine rege Teilnahme der finanziell benachteiligten Kinder am schulischen Gemeinschaftsleben zu gewährleisten. Auch die Einkommensgrenzen für die Berechtigung zur BonusCard wurden parallel zu den Einzelmaßnahmen erhöht, wodurch mehr Kinder aus sogenannten Schwellenhaushalten von einer Unterstützung profitieren können. Die SPD-Fraktion kann folglich mit dem

vorliegenden Maßnahmenkatalog zufrieden feststellen, dass sich der Einsatz gelohnt hat. Was bleibt, ist die Sorge um so genannte Ballungszentren der Armut. Diese Regionen müssen künftig noch stärker in den Blick genommen werden.



Engagiert auf dem Weg gegen Kinderarmut.

Energie- und Wasserversorgung

Verantwortung zurück in städtische Hand



Manfred Kanzleiter

Die Energie- und Wasserversorgung sind Aufgaben der Daseinsvorsorge, die nicht allein dem Markt überlassen werden dürfen – denn der Markt ist blind für

soziale Belange. Leistungen der Daseinsvorsorge müssen den Bürgerinnen und Bürgern zu angemessenen Preisen in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Dies zu gewährleisten ist Aufgabe der Städte und Gemeinden.

Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, Oberbürgermeister Ivo Gönner (Ulm), spricht sich für die Stärkung von Stadtwerken aus und empfiehlt Kommunen die Energie- und Wasserversorgung in die eigene Hand zu nehmen.

Zur Wiederherstellung des Einflusses der Landeshauptstadt auf die Energie- und Wasserversorgung wollen wir, dass die Stadt ihre verkauften Anteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung zurück erwirbt.

Im Jahre 2013 werden die Konzessionen zum Betrieb der Energie- und Wasser- netze in Stuttgart neu vergeben. Es ist da-



Klare Sache - Wir wollen den Rückerwerb der verkauften Anteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung!

Angesichts der voranschreitenden Liberalisierung fast aller Lebensbereiche durch die europäische und nationale Politik wird immer klarer, dass der vollständige Verkauf des städtischen Unternehmens der Energie- und Wasserversorgung, den NWS, eine falsche politische Entscheidung war. Dieser Fehler muss korrigiert werden.

Wir Sozialdemokraten in Stuttgart akzeptieren für die Zukunft nicht mehr, dass die Landeshauptstadt als einzige Großstadt in Deutschland letztlich keinerlei Einfluss darauf hat, wer unsere Wasser-, Gas- und Stromversorgung betreibt.

Wir sind froh, dass andere Städte ähnlich denken: So hat die französische Hauptstadt Paris ihre privatisierte Wasserversorgung wieder in die eigene Hand genommen. Unsere Nachbarstadt Esslingen prüft den Rückkauf der „versilberten“ Netze der Energieversorgung. Auch der

von auszugehen, dass dafür eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist. Diese ist von uns nicht gewollt und kann vermieden werden, wenn die Landeshauptstadt das Eigentum an den Netzen für Wasser, Strom und Gas von der EnBW erwirbt.

Im Zusammenhang mit einem Rückkauf muss ferner entschieden werden, ob die Energie- und Wassernetze durch ein neu zu gründendes Stadtwerk, oder nach Ausschreibung der Betreiberaufgabe unter strengen Qualitätsbedingungen weiterhin durch die EnBW oder durch einen Dritten betrieben werden sollen.

■ **Manfred Kanzleiter**
Fraktionsvorsitzender



Herausgeber (V.i.S.d.P.) SPD-Kreisverband Stuttgart

Werastraße 10 · 70182 Stuttgart · Telefon: 0711 - 23719 91-0

Verantwortlich Seiten 3-4: Andreas Reißig · Kreisvorsitzender

Verantwortlich Seiten 1-2: Jörn Kramer-Matthiis · SPD Ortsvereinsvorsitzender Bad Cannstatt
Falchstraße 46 · 70378 Stuttgart · Telefon: 0151-1850 38 36

Die Zukunft der Wasserversorgung in Stuttgart



Dr. Gerald G. Sander

Die Stadt Stuttgart hat ihre Wasserversorgungsanlagen im Jahr 2002 an die EnBW verkauft.

Wenn nach dem Ende des Konzessionsvertrages mit der EnBW zur Trink-

wasserversorgung im Jahr 2013 erneut eine Konzession erteilt werden soll, unterliegt dies zwar nicht der EG-Vergaberechtrichtlinie für öffentliche Aufträge, es sind aber die EG-Grundsätze der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren zu beachten. Wird hiergegen verstoßen, führt dies zur Nichtigkeit des Vertrages.

Im neuen Konzessionsvertrag sind angemessene Rückübertragungsregeln, Mitbestimmungsrechte der Stadt für Ausbau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen sowie Kontrollrechte zu regeln. Problematisch ist, ob nach heutiger Rechtslage ein solcher Anspruch der Stadt Stuttgart gegen die EnBW auf Rückkauf der Versorgungsanlagen besteht. Von OB Schuster wird dies verneint.

Will man die Rechtsfolge der Ausschreibungspflicht vermeiden, bleibt nur die Möglichkeit eines Rückkaufs der Versorgungsanlagen und die Aufgabenerfüllung durch einen Eigenbetrieb oder eine von der Stadt beherrschte Eigengesellschaft (z.B. eine GmbH). Im Wege der Ausschreibung nach der EG-Richtlinie für öffentliche Aufträge könnte dann auch ein Privater als Betriebsführer/Betreiber eingesetzt werden. Auch die Gründung und Auftragserteilung an ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen wäre nach dem EG-Vergaberegime ausschreibungspflichtig und könnte nicht freihändig erfolgen.

■ **Dr. Gerald G. Sander**
Rechtsanwalt